

Ein Nachhaltigkeitsindikatoren-Bericht ist nach Auskunft des Umweltministeriums ebenso in Arbeit. Damit wird den zentralen Anliegen dieses Antrags aus unserer Sicht bereits Rechnung getragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

Markus Rinderspacher (SPD): Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein starkes Land. Die Menschen haben sich hier bei uns in Bayern viel aufgebaut. Wirtschaftliche Stärke und Wohlstand, darauf sind die Menschen zu Recht stolz. Aber wirtschaftliche Stärke und Wohlstand sind auch eine Verpflichtung, die Verpflichtung zur Verantwortung und die Verpflichtung zur Solidarität; denn Stärke ohne Solidarität ist nur Egoismus, und das kann nicht unser Bayern sein.

Es geht um ein gutes Leben für alle. 2015 haben die Staats- und Regierungschefs der Welt das bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet: als Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Aufgabe und Anspruch dieser Agenda ist es, einen Fahrplan zu entwerfen, bei dem Gerechtigkeits- und Umweltagenda miteinander verknüpft werden.

Da Herr Kollege Hep Monatzeder wie immer in sehr akkurater Art und Weise den Umweltaspekt umfassend dargestellt hat, erlauben Sie mir, einige Gerechtigkeitsaspekte in den Mittelpunkt zu rücken, bei denen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten glauben oder fest davon überzeugt sind, dass sie in eine Nachhaltigkeitsagenda "Bayern 2030" gehören.

Eine Nachhaltigkeitsagenda "Bayern 2030" ermöglicht Wohlstandsgewinne für alle – durch gute Arbeit, ganz im Sinne von Ludwig Erhard und Karl Schiller. Wohlstand für alle: Wer fleißig ist und mit harter Arbeit den Laden zusammenhält, wer sich an die Regeln hält, soll von seiner eigenen Hände Arbeit gut leben können, durch gute Bezahlung. Leistung muss sich wieder lohnen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Leistung muss sich wieder lohnen, meine Damen und Herren, und zwar nicht nur für die Großkopferten, die ihr Kapital auf dem Festgeldkonto parken und für sich arbeiten lassen, sondern die Leistung der systemrelevanten Malocherinnen und Malocher – ob auf den Baustellen, in den Omnibussen, in den Pflegestationen, in den Altenheimen oder im Einzelhandel. Dafür müssen wir politisch Sorge tragen,

(Beifall bei der SPD)

indem wir niedrige und mittlere Einkommen steuerlich und bei den Sozialabgaben entlasten, mit einem Tariftreuegesetz, mit einem bayerischen Mindestlohn von zwölf Euro, wie ihn auch unser Fraktionsvorsitzender Horst Arnold hier vorgestellt hat. Ungleichheit beim Lohn ist das eine; aber auch beim Vermögen und bei der Macht muss man feststellen, dass sie ungleich verteilt sind, zwischen den Ländern, innerhalb von Gesellschaften und, liebe Kollegin Strohmayr, auch zwischen Männern und Frauen.

Deshalb ein zweiter wichtiger Punkt: Frauen sind bei den Bildungsabschlüssen in Bayern gleichauf mit den Männern und haben sogar die Nase vorn. Aber dies spiegelt sich weder in ihrer beruflichen Position noch im Gehalt wider. Frauen verdienen fast ein Viertel weniger als Männer. Deshalb müssen wir den Gender Pay Gap endlich schließen, die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern, die in keinem anderen Bundesland so groß ist wie bei uns im Freistaat Bayern. Das ist eine Positionierung in der Nachhaltigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Ein dritter Punkt: In Bayern sind leider auch die Chancen für ein Kind von Akademikern, aufs Gymnasium zu gehen, fünfmal höher als für Kinder aus Arbeiterfamilien. In Bayern ist die Zukunftsperspektive stark von der Herkunft abhängig. Chancengleichheit wird viel beschworen, sozialer Aufstieg ist aber häufig ein leeres Versprechen. Deswegen brauchen wir mehr Investitionen in unsere Schulen; denn schlechte Bildung ist auf Dauer teuer, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich bekomme schon ein Zeichen, dass meine Zeit abläuft. Ein letzter Punkt: Gesundheit ist ein Menschenrecht. Wir alle haben es in den letzten Monaten beschworen. Deshalb muss Folgendes gelten: Statt sich am Profit zu orientieren, müssen die bayerischen Krankenhäuser die Patienten und Beschäftigten in den Mittelpunkt stellen. Die Daseinsvorsorge darf nicht Kapitalmarktinteressen untergeordnet werden.

(Beifall bei der SPD)

Ein Schlusssatz: Solidarische Gesellschaften sind robuster und funktionieren besser als Ellenbogengesellschaften. Zusammenhalt gründet auf Gerechtigkeit. In der Corona-Krise ist erneut deutlich geworden, wie wertvoll ein stabiler und demokratischer Sozialstaat ist. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden nicht zulassen, dass Konservative und Liberale den Sozialstaat nach der Krise wieder attackieren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege Rinderspacher, Sie haben noch etwas Zeit gewonnen. Der Kollege Duin unterstützt Sie und hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Markus Rinderspacher (SPD): Vielen Dank für Ihren Applaus, Herr Kollege Duin.

Albert Duin (FDP): Lieber Kollege Rinderspacher, Sie wissen, dass ich mich immer freue, wenn ich Sie treffe und höre. Auch bei der vernünftigen Lohnerhöhung für das arbeitende Volk bin ich immer bei Ihnen. Darüber habe ich oft genug mit Ihnen gesprochen.

Das große Problem ist doch, dass von der Lohnerhöhung, die wir immer wieder par ordre du mufti anfordern, und vom Mindestlohn mit den Abgaben des Arbeitgebers nur 30 % und weniger für den Arbeitnehmer übrig bleiben. Wir müssen die Steuerprogression, die Sozialversicherungsprogression und die Krankenversicherungsprogression anhalten und dann einen Mindestlohn netto oben draufsetzen, damit die Leute endlich wieder etwas davon haben. Das kostet den Arbeitgeber auch mehr, aber da bin ich auf Ihrer Seite. Da wäre ich dabei. Bedingung ist aber, dass es beim Arbeitnehmer ankommt. Alles andere ist Käse.

(Beifall bei der FDP)

Markus Rinderspacher (SPD): Das klingt fast schon nach einem Angebot einer künftigen gemeinsamen Bundesregierung, Herr Kollege Duin. Denn eines ist klar: Die SPD will mit Vizekanzler Olaf Scholz definitiv die niedrigen und mittleren Einkommen steuerlich und über die Sozialabgaben entlasten. Der andere Bereich wird Ihnen möglicherweise weniger gut gefallen. Wir wollen den sozialen Ausgleich selbstverständlich in anderen Bereichen schaffen, weil es nicht sein kann, dass allein in Europa jährlich 825 Milliarden Euro am Fiskus vorbei nach Panama und sonst wohin geschifft werden, damit dieses Geld nicht versteuert werden muss. Wir sind der Meinung, dass auch die sogenannten Leistungsträger – also diejenigen, die ihr Kapital für sich arbeiten lassen – für Gemeinwohlzwecke herangezogen

werden müssen. Dann sind wir beieinander. Ich fürchte, beim zweiten Punkt haben wir noch Gesprächsbedarf, aber ich freue mich auf die Debatte.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Agenda 2030 und den darin enthaltenen 17 Nachhaltigkeitszielen haben 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen im September 2015 ein globales Programm für nachhaltige Entwicklung beschlossen, um wirtschaftlichen Fortschritt mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen. Die Bestandsaufnahme ist allerdings ernüchternd. Während des ersten Nachhaltigkeitsgipfels im September 2019 in New York wurde festgestellt, dass die Fortschritte bei der Umsetzung der SDGs viel zu langsam und zu wenig transformativ sind.

Der globale Nachhaltigkeitsbericht 2019, der von einer Gruppe von Wissenschaftlern im Auftrag der Vereinten Nationen erstellt wurde, spricht eine klare Sprache. Kein Land ist auf dem Weg, alle Ziele bis 2030 zu erfüllen. Es wird deutlich, dass die Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft erhöht werden müssen. In der internationalen Zusammenarbeit und der Handelspolitik gilt es, Impulse zu setzen, um die Entwicklungs- und Schwellenländer schneller in die Lage zu versetzen, die Nachhaltigkeitsziele aus eigener Kraft zu erreichen.

Nie waren die Chancen so groß, die ökonomischen Voraussetzungen für eine globale Nachhaltigkeit durch wirtschaftlichen Austausch und Technologietransfers zu schaffen. Ebenso sind die Möglichkeiten auszuschöpfen, um Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Meinungsfreiheit weltweit zu unterstützen. Ich gebe Kollegen Monatzeder völlig recht. Auch Kollege Rinderspacher hat es angesprochen. Gerade Deutschland hat hier eine besondere Verpflichtung. Industriestaaten wie Deutschland müssen insbesondere die von den Auswirkungen des Klimawandels unverhältnismäßig härter getroffenen Bewohner des globalen Südens bei ihren Maßnahmen gegen den Klimawandel unterstützen und einen eigenen wirksamen Beitrag zur Minderung von Treibhausgasemissionen leisten.

Zum vorliegenden Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN kann ich nur Folgendes sagen: Es ist natürlich alles wünschens- und lohnenswert, was Sie geschrieben haben. Allerdings wird unserer Meinung nach ein dreiseitiger Dringlichkeitsantrag mit anderthalb Seiten Forderungen dem Thema nicht gerecht. Wir reden über die Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie mit über 80 Einzelmaßnahmen als Grundlage. Das sind über 80 Einzelmaßnahmen, die einzeln zu bewerten sind. Das ist ein sehr komplexes Thema. Wir können sagen, bei der Barrierefreiheit an Bahnhöfen gibt es ein Minus. Hier hat die Staatsregierung nicht gut gearbeitet. Ich kann das aus eigener Erfahrung sagen. In Weiden warten wir seit über 20 Jahren auf den Ausbau eines barrierefreien Bahnhofs.

In anderen Bereichen, wie zum Beispiel bei der Verbraucherbildung, bei der Nachhaltigkeit in der Finanzbildung oder beim nachhaltigen Konsum läuft es wiederum sehr gut. Wir sollten detailliert über die einzelnen Forderungen reden und bei aller Sympathie für Ihren Antrag nicht auf das große Ganze gehen, weil so der Effekt dieses wichtigen Themas vollkommen verpuffen wird.

Aufgrund des globalen, deutschlandweiten und bayerischen Aufholbedarfs und weil wir im Gegensatz zu den Antragstellern nachhaltig über die Strategie diskutieren und nicht nur Impact Washing durch einen Dringlichkeitsantrag betreiben wollen, werden wir uns heute enthalten.